

06.10.2013 – PM 94/2013

Welttag für menschenwürdige Arbeit

## IG BAU fordert schlagkräftige Mindestlohn-Kontrolle

**Frankfurt am Main** - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die konsequente Durchsetzung von tariflichen Mindestlöhnen. Anlässlich des Welttags für menschenwürdige Arbeit (für die Red. 7. Oktober 2013) sagte der stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum: „Wer voll arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Das gebietet der Respekt vor der Leistung der Beschäftigten. Dafür haben wir in vielen unserer Branchen Mindestlöhne erstritten. Dieser kann ein Abrutschen in menschenunwürdige Ausbeutung aber nur verhindern, wenn er auch konsequent durchgesetzt wird.“

In Deutschland mangelt es an einer effektiven Kontrolle, um die Einhaltung der Mindestlöhne, etwa am Bau, sicherzustellen. Von rund 6700 Vollzeitstellen bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) waren zuletzt 560 unbesetzt. Gleichzeitig wird in immer mehr Branchen ein Mindestlohn vereinbart. „Die vakanten Stellen müssen jetzt zügig besetzt werden. Darüber hinaus braucht die FKS auch insgesamt mehr Personal von mindestens 7500 Ermittlern“, sagte Schaum. „Sonst droht die Kontrolle zu einer reinen Alibiveranstaltung zu werden. Wo Überprüfungen unwahrscheinlich sind, wittern kriminelle Arbeitgeber ihre Chance, den Mindestlohn risikolos zu unterlaufen. Die Leidtragenden sind die Beschäftigten.“ Ein großes Missbrauchspotential besteht bei europäischen Entsendefirmen. Die von ihnen nach Deutschland entsandten Arbeiter genießen nach dem Gesetz die gleichen Rechte wie ihre hiesigen Kollegen. „Es gilt der Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort. Dieses Prinzip gerät aber zusehends unter Druck. Schon jetzt versuchen Entsendeunternehmer die Unerfahrenheit ihrer Beschäftigten auszunutzen, um den Mindestlohn zu unterlaufen. Hinzu kommt, dass die Entsende-Lobby in Brüssel dabei ist, die zum Schutz der Arbeiter gedachte Entsenderichtlinie zu verwässern. Mit der derzeit diskutierten Novelle der Vorschrift würden effektive Kontrollen weiter erschwert“, sagte Schaum.